



Entschließungsantrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4125**

Der Landtag wolle beschließen:

Inklusives Wahlrecht umsetzen - Barrieren abbauen

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. bis Ende 2019 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlgesetzes vorzulegen, der den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. Januar 2019 umsetzt,
2. darauf zu drängen, dass die Anzahl der barrierefreien Wahlräume für Wahlberechtigte mit Mobilitätseinschränkungen weiter erhöht wird,
3. zu prüfen,
 - a) wie das Wahlrecht für alle Wahlberechtigten durch Zurverfügungstellen von Informationen in einfacher Sprache und in Gebärdensprache bei zukünftigen Wahlen weiter verbessert werden kann.
 - b) wie die Barrierefreiheit von Wahlvorschlägen (z. B. durch die Zulassung von Symbolen und Logos sowie ein verbessertes Design von Stimmzetteln) erhöht werden kann.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN